

Gemüsler sehen ihre Existenz in Gefahr

Agrarinitiativen Mehrimporte aus dem Ausland bei sinkender Produktion in der Schweiz: Gemüse- und Obstproduzenten aus den Kantonen Bern und Freiburg sehen bei einer Annahme der Initiativen schwarz.

Brigitte Jeckelmann

Im Gewächshaus ist es schwülwarm. Zehntausende junge Gurken und Tomaten wachsen hier auf dem Betrieb von Michael Moser in Kerzers. Sie wurzeln aber nicht in Seeländer Erde, sondern einem so genannten Substrat aus beispielsweise Steinwolle oder Kokosfasern. Über eine Infusion bekommen die Pflanzen Nährstoffe, sie hängen sozusagen am Tropf. Diese Anbaumethode in beheizten Treibhäusern hat laut Gemüseproduzent Michael Moser Vorteile: Man kann Dünger wie auch Pflanzenschutzmittel punktgenau und sparsam ausbringen.

Doch nun sieht Michael Moser seinen Betrieb in Gefahr. Die beiden Agrarinitiativen für sauberes Trinkwasser und gegen synthetische Pestizide würden seine wie auch die Existenz vieler Gemüseproduzenten bedrohen, sagt er. Keinerlei Pflanzenschutzmittel anzuwenden, würde schlicht und einfach nicht funktionieren, ist er überzeugt.

Jahr um Jahr weniger Mittel

Medienkonferenz der Gemüseproduzenten-Vereinigung der Kantone Bern und Freiburg, Dienstagnachmittag, 14 Uhr. Michael Moser ist Vorstandsmitglied der Vereinigung und erzählt, was seiner Meinung nach geschieht, wenn Pflanzenschutzmittel verboten würden. Als Beispiel nennt er den Rosenkohl. Einst seien die grünen Kohlköpfchen im Seeland auf einer Fläche von 60 Hektar gewachsen, heute seien es nur noch 25. Der Grund: Ein wirksames Pflanzenschutzmittel gegen die weisse Fliege sei aus dem Verkehr gezogen worden. Einen tauglichen Ersatz für das Mittel, welches das Insekt zuverlässig kilt, gebe es bis heute nicht. Jahr um Jahr würden mehr Pflanzenschutzmittel verboten, sagt Moser, «wir sind also bereits heute auf dem Weg zu weniger Chemie».

Grundsätzlich kann er für die Anliegen der Initiativen «ein gewisses Verständnis» aufbringen. Doch der Weg sei der falsche. Moser wie auch die übrigen Referenten, malen ein düsteres Bild von der Zukunft, falls das Volk die Initiativen annimmt: Mehrimporte aus dem Ausland bei sinkender Produktion in der Schweiz. Zudem sei unklar, wie sich die Preise entwickeln und sich die Konsumenten verhalten,

«Wir sind bereits heute auf dem Weg zu weniger Chemie.»

Michael Moser, Gemüseproduzent aus Kerzers

Die Initiativen

- **Trinkwasserinitiative:** Direktzahlungen erhalten nur Bauern, die pestizidfrei produzieren, keine vorbeugenden Antibiotika bei Tieren einsetzen und ihren Tierbestand mit Futter ernähren können, das sie auf ihrem Betrieb produzieren
- **Pestizidverbotsinitiative:** Synthetische Pflanzenschutzmittel dürften nicht mehr zur Bekämpfung von Schädlingen und Krankheitserregern eingesetzt werden. Sie wären auch in privaten Gärten und zum Unterhalt öffentlicher Grünanlagen verboten.

Quelle:
Abstimmungsdokumentation
www.admin.ch



Michael Moser befürchtet: Ohne Pflanzenschutzmittel wird es für Gemüsebauern sehr schwer. BUG

wenn denn nach den Übergangsfristen von acht und zehn Jahren alles gleich produziert werde. Einerseits würde dies die Produktion verteuern, glaubt etwa Vorstandsmitglied Walter Stettler, der hauptsächlich Obst anbaut. Andererseits würde ohne chemischen Pflanzenschutz viel Obst und Gemüse im Abfall landen, weil Schädlinge Spuren auf dem Obst hinterlassen würden. Stettler zeigt einige Äpfel mit Dellen, schwarzen Flecken und Schimmel. Diese Früchte liessen die Konsumentinnen und Konsumenten in den Regalen liegen.

Biobauer kritisiert Initiativen

Besonders kritisch gegenüber der Preisentwicklung ist Biogemüsebauer Hansulrich Müller aus Bibern bei Arch. Wäre auf einmal alles Bio, käme es zu einem Überangebot und die Landwirte blieben auf ihren Produkten sitzen, befürchtet er. Und dies bei höheren Produktionskosten. Doch Müller ist auch sonst gegen die Initiativen. Sie seien unfair, hält er in seinem Referat fest. Die Produktion werde massiv reglementiert und eingeschränkt, während auf Seite der Konsumenten und Händler jeder weiterhin «mehr oder weniger machen kann, was er will».

Für Thomas Wyssa, Gemüseproduzent aus Galmiz, liegt die Zukunft in der Technologie. Er berichtet von seinen Erfahrungen mit kameragesteuerten Hackgeräten und solchen, die mit GPS ausgerüstet sind. So sei es möglich, Pflanzen ganz gezielt zu behandeln und man müsse die Mittel nicht über das ganze Feld verteilen. Thomas Wyssa sagt, auf diese Weise habe er bereits 70 Prozent Pflanzenschutzmittel einsparen können.

Ähnlich sieht das auch Urs Niggli. Für den ehemaligen Direktor des Forschungsinstituts für biologischen Landbau könnte der Traum vom Bioland Schweiz mit der Digitalisierung doch noch Realität werden, wie er kürzlich im Interview mit dem BT sagte. Er hält damit ein Einsparungspotenzial von 50 bis 90 Prozent weniger Pflanzenschutzmittel für möglich. Eine «völlige Abkehr» von Pflanzenschutzmitteln innerhalb von acht Jahren beurteilt er hingegen als «unmöglich». Denn der biologische Pflanzenschutz sei derzeit unterentwickelt und benötige noch zehn bis 15 Jahre intensive Forschung.

FREIWILLIG INS MILITÄR Geldschlacht

Immer wieder glaube ich, mich inmitten einer Schlacht zu befinden. In einer Schlacht aus Argumenten, die sich um die Verwendungszwecke unserer Steuergelder dreht. «Hier ist es falsch eingesetzt, anderswo wäre es besser! Hier gibt es zu viel, dort zu wenig!»

Da ich mich zurzeit an einem Ort befinde, der in vieler Munde als geldverschwendende Institution auf Kosten des Staates bezeichnet wird, fühle ich mich in gewisser Hinsicht für diese Kosten verantwortlich. Lange Zeit fragte ich mich, wie viele andere auch, wo nur diese Unmengen von Geld für die Armee hinfließen. Nun, etwas näher am Militärgeschehen, sehe ich, was wir jüngsten Steuerpflichtigen an Material beanspruchen und be-

nützen. Ob mein Einblick genügt, um zu beurteilen, ob die Militärauslagen gerechtfertigt sind, bezweifle ich. Was ich erlebe, ist nur ein kleiner Teil des komplexen Militärsystems.

Der Gedanke, dass das Armeebudget rund 5 Milliarden Schweizer Franken umfasst, lässt im Vergleich das Budget der Rettungsschule eher gering erscheinen, obwohl es für mich auf den ersten Blick gigantisch gross wirkt. Um einige Zahlen zu nennen: Für die Rettungsschule sind beispielsweise jährlich 875 000 Franken für die Verpflegung budgetiert. Im ersten Moment dachte ich: «Wow, eine Menge Geld!» Als ich dann jedoch erfuhr, dass es sich bei dieser Zahl um 1,85 Prozent des ganzen Schulbudgets handelt, relativierte sich diese Grösse.

Haben Sie gewusst, dass pro Person gerade mal 8,75 Franken pro Tag für alle Mahlzeiten gerechnet wird?

Die Schweiz besitzt verschiedene Instrumente, um unser Sicherheitsbedürfnis zu stillen. Jedes davon hat seinen Preis. Das Militär ist ein Teil davon und viele sagen, es ist zu teuer. Ich frage mich allerdings: «Was ist der Massstab für teuer?» Auch von der Krankenkasse, der AHV oder anderen Versicherungen hört man immer wieder sagen, sie seien teuer. Ob privat oder in Form von Steuern, die Schweizer und Schweizerinnen investieren (viel) Geld, in der Überzeugung sich gegen diverse Risiken und Gefahren schützen zu können, beziehungsweise vorzusorgen. Wie viel ist uns unsere Sicherheit wert?

Mit unserem Solidaritätssystem kommt ein ordentlicher Betrag für die Bundeskasse zusammen. Aus einer Statistik von Swissinfo entnahm ich, dass im Jahr 2020 lediglich 8,8 Prozent der Bundesausgaben für unsere Sicherheit eingesetzt wurden. Sind diese Ausgaben zu hoch? In der Diskussion über Steuergeldverschwendung mache ich unwillkürlich und unpassenderweise Vergleiche mit meinem persönlichen Alltag. Meine Eindrücke von meinen Mitmenschen, wie und wofür sie ihr Geld ausgeben, und mein eigener Umgang mit Geld beeinflussen meine Wahrnehmung.

Wenn ich daran denke, dass ich für meine Reise 20 000 Franken angespart und während des ersten Jahres in Afrika unterwegs gerade mal knapp

4500 Franken ausgegeben habe, fühle ich mich aktuell in einer ziemlich absurden Position, in Anbetracht der Ausgaben unseres Landes.

Überall ist Geld ein Riesenthema. Den Krieg um Geld empfinde ich in gewisser Weise als Streit zwischen unserem Egoismus und unserer Solidarität. Meine Beziehung zu Geld ist in unserem System zurzeit so paradox, dass ich das Kritisieren und Hinterfragen der Armeeaussgaben im Moment lieber ändern überlasse. Aus dieser «Schlacht» halte ich mich bewusst raus.

Info: Geraldine Maier, 21 Jahre alt, ist in Meinisberg aufgewachsen. Die bisherige Fernweh-Kolumnistin des BT durchläuft in der Armee die Ausbildung bei den Rettungstruppen.

